

### 30 Jahre Friedensdekaden in Deutschland – Versuch einer Bewertung

Die 30. Ökumenische Friedensdekade unter dem Motto „Es ist Krieg. Entrüstet euch!“ vom 7.-17. November 2010 thematisiert eine der deutschen Urängste, den Krieg, und die immer noch aktuelle weltweite Forderung nach Abrüstung. Schon die ersten landesweiten Friedenswochen in der DDR und der alten Bundesrepublik im Jahre 1980 standen unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“. Was haben 30 Jahre Friedensdekade gebracht? Im Folgenden soll eine Bewertung versucht werden.

Die Friedensdekade hat sich als ein ökumenisches Netzwerk für Friedensarbeit etabliert, erst in den beiden deutschen Teilstaaten, ab 1993 im vereinigten Deutschland. Die Friedensdekaden (zu Anfang Friedenswochen) bündeln über die Jahre Glaubensüberzeugungen, Erfahrungen und Kooperation mehrerer Kirchen und einer Vielzahl von Initiativen und Gruppen. „Erfinder“ der Friedenswochen war der Interkirchliche Friedensrat in den Niederlanden (IKV), gegründet 1967 von neun niederländischen Kirchen als Folge einer aus Basisgruppen der Gemeinden erwachsenen Friedensbewegung. Er sollte die Fragen von Krieg und Frieden in den örtlichen Kirchengemeinden behandeln, u.a. durch jährliche Friedenswochen. 1977 ging der IKV mit der radikalen Forderung „Die Kernwaffen sollen aus der Welt verschwinden – zuallererst aus den Niederlanden“ in die kirchliche und politische Öffentlichkeit, um Einfluss auf die Parlamentswahlen 1980 zu nehmen.<sup>1</sup> Die Idee griff in veränderter Form auf Deutschland über. In Westdeutschland organisierte schon im Jahre 1972 die nicht kirchlich angebundene Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden, Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), die erste lokale bundesdeutsche Friedenswoche. Ihr Konsens war in Anlehnung an die damals aufkommende kritische Friedensforschung das Motto „Friede durch soziale Gerechtigkeit und gewaltfreie Konfliktlösung“. Es folgten Friedenswochen in lokalen Bündnissen in Berlin, Tübingen, Ulm, Waldkirche, Dortmund und Hannover. Merkmale dieser lokalen Aktionen war ein breites Verständnis von Frieden im Sinne eines Prozesses zur Verminderung von Not, Gewalt, Unfreiheit und Angst, ein jährlicher Veranstaltungsturnus, ein sich politisch verstehender Trägerkreis unabhängig von Parteien und einer Ausrichtung an lokalen und regionalen Themen. Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) und die anderen Mitglieder der AGDF riefen dann 1980 beim „Festival der Friedensdienste“ in Beienrode bei Helmstedt zur 1. bundesweiten Friedenswoche auf.<sup>2</sup> Der Kreis der aufrufenden Organisationen erweiterte sich mit gesellschaftlichen Akzeptanz der Friedensdekaden später u.a. um Pax Christi, die großen konfessionellen Jugendverbände (Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend, Bund der deutschen katholischen Jugend) und Fachorganisationen wie Pro Asyl. Den Aufruf zur 11. Friedensdekade 1990 unterzeichneten erstmals auch die Aktion Sühnezeichen in der DDR und INKOTA. Das war der erste gesamtdeutsche Aufruf dieser Art.

In die DDR kam die Friedenswoche ebenfalls aus den Niederlanden – auf dem Umweg über den Ökumenischen Jugendrat in Europa (EYCE). Dessen Vollversammlung 1979 empfahl, nach dem niederländischen Vorbild Friedenswochen zu veranstalten. Die Jugendpfarrer in der DDR nahmen die Anregung für kirchliche Aktionen in der DDR am Buß- und Betttag auf. Harald Bretschneider, sächsischer Landesjugendpfarrer, führte als Motivation an: *„Buße als Bekenntnis eigener Schuld infolge menschlicher Vermessenheit, staatsbürgerlicher Ängstlichkeit und politischer Desinteressiertheit. Buße als Besinnung auf Gottes Möglichkeiten trotz menschlicher Unmöglichkeiten und als Bemühung um Umkehr.“*<sup>3</sup> Aus einer ursprünglich zeitlich befristeten Aktion entwickelte sich in der DDR die jährliche Friedensdekade, die das Leben der Jugendgruppen, der Gemeinden und der dortigen Ökumene in der DDR auf Dauer stark prägte. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugend (AGCJ) und die Kommission für Kirchliche Jugendarbeit (KKJ) des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erarbeiteten das Material zu den Friedensdekaden, das vom Sekretariat des Bundes herausgegeben wurde. Inhaltlich leitete das Studienreferat zu Friedensfragen beim Bund der Evangelischen Kirchen die Meinungsbildung in den protestantischen Kirchen der DDR an.

---

<sup>1</sup> Peter Schüttke, Der Interkirchliche Friedensrat, in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Aktionshandbuch Frieden schaffen ohne Waffen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 1989, S. 81 ff.

<sup>2</sup> Einzelheiten bei Gabriele Kammerer, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Aber man kann es einfach tun, Lamuv, 2008, S. 158.

<sup>3</sup> Fritz Dorgerloh, Die Entwicklung der Friedensdekade in der DDR 1980-1990 und Harald Bretschneider, Schwerter zu Pflugscharen – Wie es begann, beide in: Uwe Koch (Hrsg.), 20 Jahre Friedensdekade, 2001, S. 16 ff., S. 53 ff

Von 1981 bis 1993 wurden die Friedenswochen bzw. Friedensdekaden in Ostdeutschland überwiegend zu anderen Themen als in Westdeutschland durchgeführt.<sup>4</sup> Die DDR-Dekade bezog sich auf innerkirchliche Themen, die Themen in der Bundesrepublik waren politisch akzentuiert z.B. out of area-Einsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte).<sup>5</sup> Seit 1993 ist das Gesprächsforum Ökumenische Friedensdekade der Träger der jährlichen Aktionszeit zwischen dem drittletzten Sonntag des Kirchenjahres und dem Buß- und Betttag. Es setzt sich zusammen aus der Trägergruppe „Ökumenische Dekade Frieden in Gerechtigkeit“ und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), die wiederum 1992 aus Ost und West zusammengeführt worden war. Das Gesprächsforum vereint Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen und Friedensdiensten, Initiativen und Gruppen. Die Friedensdekade hat die deutsche Vereinigung ohne Schäden für ihre Akteure bewältigt. Nach Struktur und inhaltlicher Fokussierung ist die Friedensdekade heute anderen ökumenischen Netzwerken vergleichbar, wie z.B. solchen gegen den Rassismus und denen für Gerechtigkeit.

Die Friedensdekaden in der DDR und in der Bundesrepublik haben davon profitiert, dass jede eigenverantwortlich nach den eigenen Rahmenbedingungen handelte, dass aber unter schwierigen politischen Verhältnissen auch Begegnungen und Austausch stattfanden.<sup>6</sup> Die Kirchen in der DDR wollten in dem atheistischen Staat DDR eine „*eigenständige Friedensarbeit*“ „*als Zeugnis und Dienst für den Frieden*“<sup>7</sup> betreiben. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) beanspruchte monopolartig die alleinige Definitionsmacht zu Frieden und Abrüstung und hätte die kirchliche Friedensinitiative gerne vereinnahmt. Die SED warf den evangelischen Kirchen in der DDR vor, mit ihren pazifistischen Vorstellungen die DDR zu destabilisieren.<sup>8</sup> Den Kern des Widerstandes der DDR-Kirchen benannte die „Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen“ der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen (1965). Danach waren der waffenlose Dienst der Bausoldaten und die Totalverweigerung nicht nur eine „mögliche christliche Handlungsweise“, so die 8. Heidelberger These (1959), sondern „ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn. Aus ihrem Tun redet die Freiheit des Christen von den politischen Zwängen. Es bezeugt den wirklichen und wirksamen Friedensbund Gottes mitten unter uns.“<sup>9</sup> Eine gesellschaftlich mobilisierende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wie im „Westen“ war in der DDR nicht möglich. Das Symbol der Abrüstung „Schwerter zu Pflugscharen“, noch heute das Logo der Friedensdekade, entlehnten die Initiatoren Jesaja 2,4 und Micha 4,3. Eine Kopie der Skulptur dazu von Jewgeni Wutschetitsch hatte Chrustschow den Vereinten Nationen zur Aufstellung vor dem Gebäude in New York geschenkt. So nahm die Friedensdekade in der DDR mit einem biblischen Symbol ihre Regierung und die Sowjetunion politisch-listig beim Wort. Die 200.000 Lesezeichen und Aufnäher mit dem das Schwert umarbeitenden Schmied darauf, bis 1982 auf Vliesstoff gedruckt, brachten der „DDR-Staatssicherheit und deren Pädagogen wie Polizisten ein schier unlösbares Problem“ und vielen ihrer Träger Nachteile und Verfolgung. Nur auf Textilien durfte in der DDR ohne Erlaubnis des Staates gedruckt werden. Der Staat schloss die Lücke in der Gesetzgebung, indem er die Aufnäher verbot. Die Staatssicherheit sah die DDR durch die Friedensdekaden bedroht. So formulierte die Dresdner Staatssicherheit 1987 folgenden Auftrag bezüglich des Friedenskreises „Weißer Hirsch“: „vorbeugende Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten des Friedenskreises in der Öffentlichkeit“, „Maßnahmen der Verunsicherung, der Desorientierung und der Zersetzung des Friedenskreises“ sowie „Erarbeitung solcher Informationen, die offiziellen Charakter tragen

---

<sup>4</sup> Themen der Friedensdekade siehe [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de)

<sup>5</sup> Ulrich Frey, Die Ökumenische Friedensdekade in den 90er Jahren, in: Uwe Koch (Hrsg.), 20 Jahre Friedensdekade, 2001, S. 34 ff

<sup>6</sup> Zur Selbständigkeit der Friedensarbeit in der DDR vergleiche auch Volkmar Deile, Friedensaktivitäten in der DDR, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik, Aktionshandbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen“, Berlin, 1982, S. 54 ff.

<sup>7</sup> Joachim Garstecki, Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR als Wegbereiterin der friedlichen Revolution“, [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de), 2009

<sup>8</sup> Exkurs: Bis zum Frühjahr 1964 verweigerten 1500 wehrpflichtige junge Männer den Waffendienst in der Nationalen Volksarmee aus Gewissensgründen. Die Kirchen lehnten den obligatorischen Wehrunterricht (1978) ab. Die Synode des DDR-Kirchenbundes formulierte 1982 die „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ als „unvereinbar mit dem Ziel wirklicher Sicherheit vor der Bedrohung mit Massenvernichtungsmitteln“. Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ aus dem Bericht der „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ (Palme-Bericht, 1982) wurde in der DDR offiziell totgeschwiegen. Joachim Garstecki, Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR als Wegbereiterin der friedlichen Revolution“, [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de), 2009, S. 10

<sup>9</sup> Joachim Garstecki, Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR als Wegbereiterin der friedlichen Revolution“, [www.friedensdekade.de](http://www.friedensdekade.de), 2009, S. 5

und geeignet sind, innerkirchliche Auseinandersetzungen hervorzurufen bzw. zu fördern.“<sup>10</sup> Die Vision „Schwerter zu Pflugscharen“ „schaffte letztlich geistig-seelische Voraussetzungen für die gewaltlosen Demonstrationen und die unblutige politische Wende 1989.“<sup>11</sup> Das Papier der Theologischen Studienabteilung „Grundfragen eines politischen Wirksamwerdens von christlichem Friedensdienst“, das die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen 1982 für die Gemeinden und kirchlichen Gruppen veröffentlichte, gab Auskunft darüber, wie die DDR-Kirchen den Transfer ihrer friedensethischen und politischen Einsichten in den Bereich politischen Handelns verstanden. Darin wird auch die konstruktive Rolle von Pazifismus deutlich gemacht.<sup>12</sup>

In der Bundesrepublik hatte sich die Friedensdekade in der offenen Konkurrenzgesellschaft und in den verfassten Kirchen bei dem Versuch zu bewähren, die Friedensarbeit vom Rande in das Zentrum des Engagements der Kirchen und der Politik zu rücken. Die Friedensdekaden trugen dank ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft (Kirchen, Gemeinden, Initiativen und Gruppen) maßgeblich dazu bei, die Infrastruktur der bundesdeutschen Friedensbewegung und der Friedensarbeit der Kirchen aufzubauen. Die Landeskirchen begannen, die Friedensarbeit der Friedensdienste durch Kollekten zu unterstützen. Mitarbeiter der Initiativen „wanderten“ in den Dienst der verfassten Kirchen „ein“. Das war die Voraussetzung für die Mobilisierung zu den großen Friedensdemonstrationen, beginnend mit der in Bonn am 10. Oktober 1981, und zur Kampagne „Nein ohne jedes ja zu den Massenvernichtungswaffen“ beim Kirchentag 1983 in Hannover mit den violetten Tüchern. Friedensethisch und friedenspolitisch kooperierten die Gruppen der westlichen Friedensdekade weitgehend mit der in der DDR, insbesondere zum Verständnis der „Gemeinsamen Sicherheit“ und der Ablehnung der Abschreckung. Die Friedensdekade im Westen stellte sich gegen die Position der EKD. Diese konstatierte 1982 „Die Kirche muss auch heute, 22 Jahre nach den ‚Heidelberger Thesen‘ die Beteiligung an dem Versuch, einen Frieden in Freiheit zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen.“<sup>13</sup> (In der DDR war schon 1965 von dem „deutlicheren Zeugnis“ die Rede.) Nachdem die Nachrüstung der neuen Raketen vollzogen war, geriet der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ab 1986 in den Mittelpunkt der Aufrufe und Materialien. Thematisch gefördert wurden auch die Dekade zur Überwindung von Gewalt und das spätere Leitbild des gerechten Friedens.

Fazit: Die Friedenswochen bzw. Friedensdekaden haben in der DDR, in der alten Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland haben inhaltlich zur Profilierung von christlicher Friedensethik und christlich beeinflusster Friedenspolitik sowie zur Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung dafür beigetragen.

Bad Honnef, den 17.7.2010

*Ulrich Frey, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1972 bis 2000, derzeit u.a. Mitglied des Ständigen Ausschusses für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche im Rheinland.*

---

<sup>10</sup> Annemarie Müller, Die unabhängige Friedensbewegung der DDR und die Friedensdekade – ein Beispielbericht, in: Uwe Koch (Hrsg.), 20 Jahre Friedensdekade, 2001, S. 73 ff

<sup>11</sup> Harald Bretschneider, Schwerter zu Pflugscharen – Wie es begann, in: Uwe Koch (Hrsg.), 20 Jahre Friedensdekade, 2001, S. 53 ff; Reinhard Höppner, Wunder muss man ausprobieren. Der Weg zur deutschen Einheit, Aufbau-Verlag, 2009, S. 31 ff

<sup>12</sup> „Der Pazifismus macht die Differenz zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, zwischen Kriegsverhütung und Friedensgestaltung bewußt. Er erinnert daran, daß militärische Strategien ohne eine langfristige politische Idee keinen Beitrag für eine wirklich dauerhafte Friedensordnung leisten können. Für das Friedenshandeln der Kirchen folgt daraus, die instrumentelle Rationalität der gegenwärtigen Sicherheitsstrategien durch ein Friedenszeugnis zu transzendieren, in dem die Erkenntnis des Glaubens der Erkenntnis des politisch Vernünftigen zu Hilfe kommt - in der Hoffnung, daß eben dadurch einer besseren Friedenspolitik der Weg bereitet werden kann.“ (Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, „Pazifismus“ in der aktuellen Friedensdiskussion, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Christen im Streit um den Frieden, Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente, Dreisam-Verlag, 1982, S. 214 ff., S. 225

<sup>13</sup> Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh, 1982, S. 58. Diese Position gab die EKD in ihrer Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ auf, Gütersloh, 2007, S. 103. „Es bleibt allerdings umstritten, welche politischen und strategischen Folgerungen aus dieser gemeinsam getragenen friedensethischen Einsicht zu ziehen sind.“

